



Covid-19-Impfstoff – bereit für die Verabreichung.

# «Es ist eine Herausforderung, die Kontrolle zu behalten»

Wie hat sich der Kanton Zug in der Pandemie geschlagen? Interne Dokumente der Behörden liefern Antworten. Eine Erkenntnis nach Auswertung von über 500 Seiten: Die Situation in den Alters- und Pflegeheimen war mehr als angespannt. Gewisse Heimleitungen wollten sich vom Kanton nicht reinreden lassen.

**Kilian Küttel**

Um 18 Uhr beginnt die Krisensitzung. Es ist der 16. März 2020, soeben hat der Bundesrat den Lockdown angekündigt. Ab Mitternacht hat zu, was nicht zum Überleben gebraucht wird. Die Landesregierung hat den Einsatz von bis zu 8000 Armeeangehörigen bewilligt.

Im Erdgeschoss des Zuger Polizeigebäudes, Saal 063, sagt Gesundheitsdirektor Martin Pfister: «Es ist eine historische Situation, weil seit dem Zweiten Weltkrieg zum ersten Mal wieder Truppen aufgeboden wurden.» Unter den Zuhörern sind die Regierungsräte Beat Villiger, Stephan Schleiss und Andreas Hostettler, Polizeikommandant Thomas Armbruster, Kantonsarzt Rudolf Hauri, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sicherheits- und Gesundheitsdirektion, Angehörige von Polizei und Zivilschutz. 18 Personen, die ab

jetzt die richtigen Entscheidungen treffen müssen, um die Zugerinnen und Zuger vor dem Coronavirus zu schützen. «Die Bevölkerung soll sagen können, dass man sich auf die Zuger Regierung verlassen kann», sagt Pfister.

Ziel der nächsten Stunde ist es, alle auf den gleichen Wissensstand zu bringen, Zuständigkeiten zu klären und – was so gut wie unmöglich ist – irgendwie in die Zukunft zu blicken. Denn die Massnahmen sind vorerst bis 19. April befristet. Zum Ende des Rapports sagt Rudolf Hauri: «Vier Wochen sind zurzeit eher optimistisch. Realistischer ist aus heutiger Sicht, dass es länger dauern wird.»

Das alles geht aus dem Protokoll der ersten Sitzung hervor, die der «Stab Corona» abgehalten hat. Unsere Zeitung hat das Dokument von der Gesundheitsdirektion unter Berufung auf das Öffentlichkeitsprinzip erhal-

ten – zusammen mit den übrigen Sitzungsprotokollen des Coronastabs, eines «Unterstützungsgremiums GD Covid» sowie einer Projektgruppe «Covid-19-Impfung».

516 Seiten Dokumente von März 2020 bis Mai 2021, die einen exklusiven und bislang unbekanntem Einblick an die Orte geben, wo die Entscheidungen zur Krisenbewältigung ausgearbeitet wurden. Und die in der Rückschau Anhaltspunkte liefern, wie sich der Kanton Zug in der Pandemie geschlagen hat. Die Auswertung zeigt: Die Behörden haben die Entwicklung eng verfolgt. Die kommunizierten Informationen haben dem damaligen Wissensstand entsprochen. Von Herausforderungen und Schwierigkeiten – etwa Engpässen beim Impfstoff – hat die Öffentlichkeit weitestgehend erfahren. Allerdings zeigen die Dokumente auch Problemfel-

der, deren Existenz oder ganzes Ausmass unbekannt waren. Bis jetzt.

## Miteinander-Essen und -Jassen als Hauptprobleme

Über Skype fasst Kantonsarzt Rudolf Hauri am 28. Dezember die Situation in einem Satz zusammen: «Bei den Pflegeheimen ist die Lage nicht schön.» Zwar nimmt die 7-Tage-Inzidenz im Kanton ab, auch die Hospitalisationen gehen zurück, dafür sind in gewissen Alters- und Pflegeheimen ganze Stationen in Isolation. Das Personal läuft am Anschlag, drei Heime haben Unterstützung durch den Zivilschutz beantragt. 462 Manntage Dienst leisten die Zivilschützer allein in diesen Einrichtungen. Schon drei Wochen zuvor hatte Hauri das Unterstützungsgremium Covid informiert, die Institutionen seien stark betroffen, die Sterberate sei gestiegen.

Und er deutet an, wo das Problem liegt: «Es wurde bereits versucht, strenger zu werden (...). Es ist eine Herausforderung, die Kontrolle zu behalten.»

Die Institutionen würden unterschiedlich geführt, es gebe deutliche Unterschiede. Und es sei «problematisch», dass die Heimleitungen das Gefühl hätten, der Kanton wollte in deren Philosophie eingreifen. Konkret wird Hauri am 11. Januar, als er sagt, in einem Heim sei eines der Hauptprobleme das «Miteinander-Essen, Miteinander-Jassen». Welches Heim vertritt das Protokoll nicht: Die Behörden haben in sämtlichen Dokumenten persönlichkeitsrelevante Details geschwärzt, wie das das Öffentlichkeitsgesetz vorsieht.

Bei 8688 Fällen (Stand 23. Juli) seit Beginn der Pandemie verzeichneten die Zuger Behörden bis Ende Juni 361 Ansteckungen in Alters- und Pflegehei-



Symbolbild: Britta Gut

men. Und von den 121 Todesopfern starben 75 in einer Alters- einrichtung. Gleichzeitig liessen Heimleitungen ihre Bewohnerinnen und Bewohner noch im Januar, mitten in der zweiten Welle, miteinander jassen. Wie kann das gehen? «Natürlich stellt sich im Nachhinein die Frage, ob wir den Kontakt zwischen den Bewohnenden besser komplett verboten hätten», sagt Peter Arnold, Präsident des Heimverbands Curaviva Zug und Geschäftsleiter der Stiftung Alterszentren Zug: «Aber ich bezweifle, dass dies den gewünschten Nutzen gezeigt hätte. Der soziale Aspekt und die psychische Gesundheit der Betagten darf nicht vernachlässigt werden.» Arnold gegenüber sitzt an einem langen Tisch im Souterrain des Alterszentrums Mülimatt Oberwil Roman Della Rossa. Der Heimleiter und Verbandssprecher ergänzt: «Wir standen während der ganzen Pandemie immer wieder vor der Frage, wie viel Kontakt wir zulassen. Wenn die Bewohnerinnen und Bewohner miteinander jassen wollen, können wir ihnen das schlussendlich nicht verbieten.»

Man müsse sich immer bewusst sein, dass ein Heim etwas anderes sei als ein Betrieb, die Leute arbeiteten nicht nur, sondern lebten auch dort, der Kontakt sei um einiges enger. Arnold: «Jeder Todesfall hat uns betroffen und traurig gemacht. Das war eine zusätzliche Belastung in der ohnehin schon sehr schwierigen Situation.»

Trotzdem: Die Zusammenarbeit mit dem Kanton beschreiben die Heimleiter als gut. Die Heime seien eng begleitet worden, der Austausch habe

funktioniert. Vor allem aber habe der Kanton den Einrichtungen von Anfang an viel Autonomie gewährt, um den Unterschieden der 16 Alters- und Pflegeheime gerecht zu werden. Damit klingt es im Kanton Zug anders als in weiten Teilen der Schweiz: Wie der «Tages-Anzeiger» berichtet, fühlten sich viele Einrichtungen von den Behörden im Stich gelassen.

Auf die Frage, ob die Heime genug gegen das Coronavirus unternommen haben, sagt Arnold, unter Umständen hätte man noch früher eine Maskenpflicht verhängen, noch mehr testen und die Häuser noch schneller für Besucher schliessen müssen. «Diese Fragen müssen wir uns stellen.» Aber jeden Tag hätte man aufs Neue zwischen noch strengeren Massnahmen und der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner abwägen müssen. «Wir hatten viele Todesfälle zu beklagen, das stimmt. Doch wenn ich in gewissen Medien von Todesfällen in Altersheimen lesen muss, dann macht mich das wütend. Das tut weh. Denn so geht die Wertschätzung gegenüber allen Mitarbeitenden verloren, die über Monate hinweg enorme Anstrengungen erbracht haben.»

#### Impfen: Zu viel Aufwand, zu wenig Ertrag für Ärzte

Bis der Kanton am 9. März dieses Jahres mitteilen konnte: «Heute beginnt (...) ein Pilotprojekt für Impfungen in ausgewählten Hausarztpraxen. Elf Arztpraxen (...) führen nun Covid-19-Impfungen durch», lief alles scheinbar reibungslos.

Acht Wochen zuvor sagte Beat Baumann, in der Pandemie zuständig für das Projekt «dezentrales Impfen», über Skype: «Aktuell würden sechs Ärzte gerne mitmachen. Das Ägerital, Ennetsee und Zug haben wir im Boot.»

Die Maschine läuft an. Und nach einer Kickoff-Sitzung am 1. Februar («vom Papier her ist alles klar») kommt die Impfstrategie in den Arztpraxen lange nicht mehr ausführlich zur Sprache. Dann fängt der Motor an zu stottern: Am 29. März, keine drei Wochen nach Beginn der Impfkation, wollen zwei der elf Ärzte aussteigen. Baumann, der ehemalige, langjährige Inhaber der Metalli-Apotheke: «Der personelle und organisatorische Aufwand ist enorm.» Bis zum 12. April werden vier Arztpraxen angekündigt haben, aufzuhören – mehr als ein Drittel. Nebst dem hohen Aufwand kritisieren die Mediziner die Entschädigung: Einigen sind die 24.50 Franken zu wenig, die sie pro Impfung erhalten.

Auf Anfrage sagt Urs Hasse, Präsident der Ärztesellschaft Zug, man habe die Personen, die für eine Impfung in Frage gekommen waren, identifizieren, informieren und koordiniert in die Praxis bestellen müssen. Und das bei einem Impfstoff, der innerhalb weniger Stunden verimpft werden musste: «Diese Aufwände sind mit 24.50 Franken nicht kostendeckend finanziert.» Daran ändert auch nichts, dass der Kanton den Pilotärzten je 1500 Franken ausbezahlt hat, weil diese ihr Personal schulen und eine neue Software installieren mussten.

Welche Schlüsse zieht Gesundheitsdirektor Pfister aus dem Projekt, das über ein Drittel der Ärzte innert kurzer Zeit wieder verlassen haben? Ist es gescheitert? Nicht für Pfister. Er sagt, der logistische Aufwand sei zwar «beträchtlich», die Infrastruktur in den Praxen «teilweise nicht geeignet» gewesen. Aber: «Für das Impfprojekt des Kantons Zug hatte dies keine Auswirkungen, da die grosse Mehrheit der Impfdosen im Impfzentrum verarbeitet werden und dort viel effizienter geimpft werden kann. Das Ausscheiden einiger Arztpraxen hatte keine Verzögerung zur Folge.» Das Pilotprojekt sei zur Zufriedenheit der Gesundheitsdirektion verlaufen.

#### Eine Liste von Skeptikern gibt es nicht

Nebst Persönlichkeitsdaten schwärzte die Gesundheitsdirektion sicherheitsrelevante Informationen. So finden sich in den Protokollen keine Hinweise, was die Behörden im Hinblick auf eine Coronademonstration vom Februar diskutiert haben oder wie sie mit Massnahmenskeptikern umgegangen sind.

Das gilt aber nicht für die Pendenzenlisten: Am Ende des Protokolls der Sitzung vom 7. Dezember finden sich zwei Punkte, die aufhorchen lassen. Stichwortartig steht dort: «Umgang/Verhalten mit/bei Coronaskeptikern und schwierigen Personen – Deeskalationsteam» und «Verhaltensanweisungen, falls MA ebenfalls auf Liste von Skeptikern auftauchen. Muss noch diskutiert werden». Die Pendenzen sollen bis zum 14. Dezember, also innert Wochenfrist, erledigt sein.

Was hat es damit auf sich? Haben die Behörden, wie die kurzen Vermerke vermuten lassen, Listen mit potenziellen Massnahmenskeptikern angelegt, die beim Kanton arbeiten? Polizeisprecherin Judith Aklin beantwortet diese Frage mit einem klaren Nein. Grund für die Pendezen ist ein Brief, der am 12. November 2020 bei Rudolf Hauri eingeht. Darin fordern zwölf Zugerinnen und Zuger, die Maskenpflicht in den Schulen aufzuheben. Ihre Kinder litten unter Kopfschmerzen, Konzentrationsmangel und Angstzuständen: «Wir sind sehr besorgt um unsere Kinder, die diesen sogenannten Schutz-

## «Bei den Pflegeheimen ist die Lage nicht schön.»



Rudolf Hauri  
Zuger Kantonsarzt

massnahmen in Kitas, Kindergärten und in den Schulen hilflos ausgeliefert und unterworfen sind.»

Dem Schreiben legen die Eltern den offenen Brief einer Kinderärztin bei, die sich gegen die Coronamassnahmen ausspricht, sowie eine Liste von Mitunterzeichnern. Darin positionieren sich über 2700 Personen mit Namen, Wohnort und Beruf öffentlich gegen das Coronaregime. Die Zuger Behörden kontrollieren, ob darunter Kantonsangestellte sind. Doch von den 70 Personen aus dem Kanton Zug arbeitet niemand beim Kanton: «Daraufhin wurden auch keine Grundsätze oder Handlungsrichtlinien festgesetzt», so Aklin, die unterzeichnet, die Unterschrift hätte für die Unterzeichnenden keine Konsequenzen gehabt: «Die Behörden haben keine Listen von Skeptikern angelegt!»

#### Der Kampf gegen den «Flickenteppich»

Die Protokolle der Gesundheitsdirektion decken den Zeitraum ab von März bis Juni 2020 und von Dezember 2020 bis Mai 2021. Die Zeitspanne zwischen Juli und November fehlt – und damit auch eine der heikelsten Phasen seit Beginn der Pandemie: das Aufkommen der zweiten Welle. Zur Begründung sagt die Gesundheitsdirektion, man habe die Sitzungen aus dieser Zeit nicht protokolliert. Dafür geben die Protokolle der Regierungsratsitzungen einen Einblick, die unsere Zeitung mit einem weiteren Gesuch erhalten hat.

Am Tag, an dem die Zuger Regierung berät, ob sie die Maskenpflicht auf den öffentlichen Raum ausdehnt, zählt der Kanton 26 Neuansteckungen mit dem Coronavirus. 25 neue Fälle waren es am Vortag, dem 5. Oktober. In den Wochen zuvor waren es täglich nur zwei bis sechs Neuansteckungen. Von einem «sprunghaften Anstieg» schreibt unsere Zeitung, bevor ab 10. Oktober eine Maskenpflicht in Geschäften und Einkaufszentren gilt.

Die Leute hielten sich «wetterbedingt vermehrt in Innenräumen auf, wo das Ansteckungsrisiko höher ist», heisst es im Protokoll der Regierungsratsitzung. Beispiele anderer Kantone würden darauf hindeuten, dass eine Maskenpflicht etwas nützen könne: «Die vorgeschlagene Ausdehnung der Maskenpflicht (...) ist eine gezielte Massnahme. Die Verbände und die Gemeinden befürworteten (...) das Vorgehen.»

Dennoch ist sich die Regierung nicht einig. So plädiert ein Ratsmitglied (welches, verrät das Protokoll nicht), wenigstens bis nach den Schulferien zu warten: «Die Entwicklung ist schweizweit noch nicht derart dramatisch, dass

## «Die Behörden haben keine Listen von Skeptikern angelegt.»



Judith Aklin  
Sprecherin Zuger Polizei

für die Bevölkerung eine weitergehende Einschränkung im öffentlichen Raum angezeigt ist.» Ein anderes sagt, Masken seien «reine Zeichenpolitik», der Nutzen sei nicht nachgewiesen; ohnehin solle man eine Maskenpflicht nicht «bloss ein bisschen einführen»: «Entweder macht man das jetzt richtig, oder man lässt es sein.» Wie sich Gesundheitsdirektor Martin Pfister schon öffentlich über das «kaskadenhafte Vorgehen» des Bundes aufgeregt hat (Ausgabe vom 16. Dezember 2020), zeigen auch die Protokolle: Die Unterschiede zwischen den Kantonen kamen bei der Regierung schlecht an. Finanzdirektor Heinz Tännler (in der entsprechenden Passage namentlich genannt) monierte etwa, das habe zu einer «Instabilität in der Schweiz» geführt. Der «Flickenteppich an Massnahmen» führe zu einem «falschen Wettbewerb» zwischen den Kantonen.

Tännler war es auch, der drei Tage nach dem Beschluss eine Maskenpflicht in Geschäften und Einkaufszentren beantragte, auf den Entscheid zurückzukommen, die Sache erneut zu diskutieren. Was ihn zu diesem Antrag bewegt hat, sagt Tännler auf Anfrage nicht: Die Protokolle seien selbsterklärend, weshalb er auf eine ergänzende Stellungnahme verzichte. So oder so lehnte der Rat seinen Antrag ab. Am 23. Oktober beschloss die Regierung zusätzlich eine Maskenpflicht für Erwachsene und Sekundar- an gemeindlichen Schulen.

Zu diesem Zeitpunkt musste sich die Regierung nicht mehr lange an den uneinheitlichen Regeln im Land stossen: Schon am 28. Oktober verhängte der Bund schweizweit eine Maskenpflicht im Freien, schloss Discos ganz und Restaurants sowie Bars ab 23 Uhr. Am 22. Dezember schliesslich schickte der Bundesrat das Land ein zweites Mal in den Lockdown. Seit 31. Mai befinden wir uns nun in der Stabilisierungsphase des bundesrätlichen Drei-Phasen-Modells. Für den kommenden Herbst und Winter will der Bund das «gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben» entlang dieses Modells «weiter vorantreiben», wie aus einem Bericht von Ende Juni hervorgeht.

Allerdings müssten Bund und Kantone die Sommermonate nutzen, um sich auf die Entwicklungen der Pandemie vorzubereiten. So sollen neue Virusvarianten überwacht, die Auffrischungen vorbereitet und die Massnahmen mit den Kantonen koordiniert werden. Denn, so steht es im Bericht, die «enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist weiterhin entscheidend, um die Bewältigung der Krise sicherzustellen». Hauri hatte recht, bei vier Wochen blieb es nicht. Corona wird uns weiter beschäftigen.